7 **Zu Gast im Schloss und bei der Regierung**
Bulgariens Premier hat Liechtenstein einen Besuch abgestattet.

9 **Es wird eine stärkere Überwachung gefordert**
Der Boom bei den Kryptowährungen ist auch Thema beim WEF.

12 **Nach zweitem Turnier in Ägypten**
Mathias Eggenberger selbstkritisch
Ergebnis passt nicht zur eigentlichen Performance

Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Freitag, 26. Januar 2018
141. Jahrgang Nr. 20

Heute

Jüdische Geschichte

Rabbi Ben-Chorin referiert im Gymnasium

Der Rabbiner Tovia Ben-Chorin widmet sich um 10.30 Uhr in der Aula des LG dem Schicksal der jüdischen Geschichte. Der Eintritt ist frei.

Inland Obacht im Internet: Eine Frau aus Liechtenstein ist von einer Facebook-Bekanntschaft um mehrere Tausend Franken betrogen worden. Die Landespolizei mahnt zur Vorsicht. **Seite 7**

Sport Der heimische Kartverein «Team Liechtenstein» organisiert am Samstag erstmals ein Sechs-Stunden-Rennen im benachbarten Feldkirch. «Wir sind bereit», so Alex Koch, Präsident des Vereins. **Seite 11**

Kultur New York gilt als Geburtsstätte des Hip-Hop. Da kommt es wie gerufen, dass die Grammys sich dort nach jahrelanger Pop-Dominanz verstärkt dem Rap zuwenden. **Seite 15**

Gugger-Serie Wir präsentieren die einzelnen Guggas aus Liechtenstein. Heute im Fokus: Die Pföhrassler aus Balzers und die Tuarbaguger aus Eschen. **Seite 16**

Zitat des Tages

«Kommt in die USA. Ihr habt reichlich Geld.»

DONALD TRUMP
DER US-PRÄSIDENT HATTE VOR SEINEM NACHTFLUG NACH EUROPA MITGETEILT, DASS ER NACH DAVOS GEHE, «UM LEUTE DAZU ZU BRINGEN, IN DIE VEREINIGTEN STAATEN ZU INVESTIEREN.» OB ER DIES HEUTE BEI SEINER HEUTIGEN REDE EBENFALLS SO DEUTLICH SAGEN WIRD?
SEITE 10

Wetter Föhn sei Dank ist es insgesamt recht freundlich. Seite 18

6° 12°

Inhalt

Inland	2–8	Kultur	15
Wirtschaft	9	Kino/Wetter	18
Ausland	10	TV	19
Sport	11–14	Panorama	20

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**
Verbund Südostschweiz
9 771812 601006 50004

Erbprinz macht Dampf im Bereich der Pflegefinanzierung

Thronrede «Unser heutiges System für die Pflege und Betreuung im Alter ist für die kommende Entwicklung ungeeignet», befand Erbprinz Alois gestern anlässlich der Landtagseröffnung. Er machte deutlich, dass er rasch auf eine Lösung hofft.

VON DORIS QUADERER

Der Erbprinz hatte in der Thronrede bereits zwei Vorschläge zur Pflegefinanzierung im Gepäck – nämlich ein individuelles Ansparverfahren wie es auch die Stiftung Zukunft.li bereits vor einiger Zeit vorgestellt hatte oder eine Versicherungslösung. Bei der Versicherungslösung würden Kosten für den Pflege- und Betreuungsfall durch eine Versicherung getragen. Beim individuellen Ansparverfahren müsse obligatorisch ein Pflegekapital angespart werden, das dann erst im Pflegefall angezapft werden dürfte. Die Vor- und Nachteile beider Systeme müssten sicher genau beleuchtet werden, so der Erbprinz. Wichtig ist ihm, dass ein Modell gewählt wird, das ohne Anstieg der Lohnnebenkosten konzipiert ist. Schliesslich seien diese bereits im Zuge der Altersvorsorgereformen erhöht worden.

Kostet einen Haufen Geld

Wie eine kurze Umfrage unter verschiedenen Landtagsabgeordneten gestern nach der Thronrede zeigte, teilen die Abgeordneten aller Parteien die Meinung des Erbprinzen, dass punkto Pflegefinanzierung möglichst rasch eine Lösung auf den Tisch muss. Hoffnung setzen sie in die Interpellationsbeantwortung, die im Frühjahr vorliegen soll. Doch, in einem Punkt machen sich die Abgeordneten keine Illusionen: «Das wird einen Haufen Geld kosten», stellte beispielsweise der stellvertretende DU-Abgeordnete Ado Vogt klar. Christoph Wenaweser (VU) ist überzeugt, dass ein solches Vorhaben nur gelingen kann, wenn alle im Landtag an einem Strick ziehen und parteipolitische Interessen aussen vor lassen. Die Abgeordneten der Freien Liste sorgen sich um die Sozialverträglichkeit eines solchen Vorhabens. Schliesslich dürfe es nicht so sein, dass die sozial Schwachen und der Mittelstand über Gebühr belastet werden.

Auch dem Erbprinzen ist bewusst, dass die Finanzierung einer der Lösungen eine grosse Herausforderung ist. Die Frage laute: «Muss das dann jeder Einzelne finanzieren oder hilft der Staat?» Seiner Meinung nach wäre es berechtigt zu überlegen, ob man Staatsreserven dafür einsetzt. Letzten Endes habe man in diesem Bereich in der Vergangenheit nicht vorgesorgt, daher käme man wohl auch nicht ohne staatliche Unterstützung aus. «Sobald grössere Mittel nötig sind, wird man auch da in einer Anfangsphase von staatlicher Seite helfen müssen», so das geschäftsführende Staatsoberhaupt.

Seiten 3,4,5

Botschaft am Berg

Anti-Trump-Transparent in Sargans aufgehängt

Die Gruppe Campax hat am Donnerstagmorgen mit einer ungewöhnlichen Aktion am Ellhorn gegen die Teilnahme von US-Präsident Donald Trump am WEF protestiert. Als die Polizei darauf aufmerksam wurde, sei am Mittag ein Kontrollflug per Hubschrauber gemacht worden. Da war das Plakat jedoch bereits wieder weg. «Wir vermuten, dass es Richtung Liechtenstein abtransportiert wurde», sagte ein Sprecher der Kantonspolizei auf «Volksblatt»-Anfrage.

(Foto: ZVG)
Seite 10

May entrüstet Grapsch-Vorwürfe an Londoner Nobel-Spendengala

LONDON Unter dem Vorwand, Spenden für Gutes zu sammeln, soll eine feine Altherrenriege bei ihrer Londoner Gala junge Hostessen begrapscht haben. Diese mussten offensichtlich Schweigeklauseln unterschreiben. Die britische Premierministerin Theresa May zeigte sich am Donnerstag «angewidert» von den Berichten über die Geschehnisse bei dem noblen Traditions-Event.

Sexuelle Übergriffe

Bei einem Abend mit ausschliesslich männlichen Gästen Mitte Januar soll es Aussagen zufolge zu zahlreichen sexuellen Übergriffen auf junge Frauen gekommen sein, die von einer Agentur als Hostessen gebucht wurden. «Als ich den Bericht über diese Veranstaltung gelesen habe, war ich offen gesagt angewidert», sagte Premierministerin May in einem BBC-Interview am Donnerstag am Weltwirtschaftsforum WEF in Davos. Der britische Unterstaatssekretär für Familien und Kinder, Nadhim Zahawi, der unter den Gästen der Gala gewesen war, wurde unterdessen abgemahnt.
Bei dem Traditions-Dinner des exklusiven Presidents Club in einem Londoner Hotel sollen allein in diesem Jahr mehr als zwei Millionen Britische Pfund für wohltätige Zwecke zusammengekommen sein. Einem Bericht der «Financial Times» zufolge war der ganze Abend darauf ausgerichtet, weitgehend ahnungslose junge Frauen als «Köder» für reiche Männer zu benutzen, wie es eine Labour-Abgeordnete ausdrückte. Etwa 360 Männer aus der Geschäftswelt sollen an dem Event teilgenommen haben. Um sie bei Laune zu halten, wurden 130 Hostessen gebucht. (sda/dpa)

«Weltuntergangsuhr»

Es ist jetzt zwei Minuten vor zwölf

WASHINGTON Wenn es um den Untergang der Menschheit geht, steht die Uhr nicht nur auf fünf vor zwölf, sondern auf zwei vor zwölf. Das haben Wissenschaftler gestern verkündet und die «Weltuntergangsuhr» erneut um eine halbe Minute nach vorn verstellt. In dieser Position war sie zuletzt 1953 (wegen der Wasserstoffbombe). Die heutigen Gründe seien unter anderem die Unvorhersagbarkeit der US-Politik, nordkoreanische Raketentests und fehlende Abrüstungsverhandlungen, teilte das «Bulletin of Atomic Scientists» mit. Damit drücken die Wissenschaftler die gesunkenen Chancen aus, einem Atomkrieg oder der Klimakatastrophe zu entgehen. Bereits im vergangenen Jahr hatten die Forscher die «Weltuntergangsuhr» um 30 Sekunden nach vorn verstellt. (sda/dpa)

Ski alpin

Hilzinger knapp am Podest vorbei

MELCHSEE-FRUTT Jessica Hilzinger klassierte sich beim Europacup-Slalom in Melchsee-Frutt auf Rang vier. Der Schaanerin fehlten nur drei Hundertstel aufs Podium. **Seite 13**

ANZEIGE

Verlag: Liechtensteiner Volksblatt AG, Im alten Riet 103, 9494 Schaan, Telefon +423 237 51 51, Fax +423 237 51 66, verlag@volksblatt.li; **Täglich aktuelle Nachrichten:** www.volksblatt.li
Inserate: Telefon +423 237 51 51, inserate@volksblatt.li; **Aboservice:** Telefon +423 237 51 41, abo@volksblatt.li; **Redaktion:** Telefon +423 237 51 61, Fax +423 237 51 55, redaktion@volksblatt.li

Schwerpunkt Thronrede des Erbprinzen

Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter soll neu aufgestellt werden

Thronrede Erbprinz Alois rückte in seiner Thronrede die Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter ins Zentrum - und machte recht konkrete Lösungsvorschläge.

«Sehr geehrte Landtagsabgeordnete, anlässlich der Landtagseröffnung vor einem knappen Jahr habe ich erwähnt, dass die neue Legislaturperiode die Chance bietet, nach Jahren des Reagierens eine neue Phase des zukunftsorientierten Gestaltens einzuleiten. Dabei habe ich auch potentielle Themenfelder angesprochen. Mit Freude habe ich festgestellt, dass sich der Landtag inzwischen mit einigen der von mir erwähnten Themenfeldern eingehend befasst hat. Eines dieser Themen möchte ich heute vertiefen. Der Landtag hat an die Regierung ein von allen Parteien breit getragenes Postulat zur zukünftigen Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter überwiesen. Die Landtagsabgeordneten haben in ihrer Postulatsbegründung zurecht auf die grossen Herausforderungen hingewiesen, die mit der zukünftigen Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter verbunden sind. Im Folgenden werde ich auf diese Herausforderungen sowie auf die Probleme des heutigen Finanzierungssystems näher eingehen und Ihnen einige Überlegungen für eine zukünftige Ausgestaltung der Finanzierung mitgeben.

Heutiges System ungeeignet

Die Staatsausgaben für die Pflege und Betreuung im Alter gehören zu jenen mit dem stärksten Wachstum überhaupt. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Kosten in den nächsten Jahren weiterhin stark ansteigen werden. Dies zeigt nicht zuletzt auch eine Studie der Stiftung Zukunft.li.
Unser heutiges Finanzierungssystem für die Pflege und Betreuung im Alter ist für diese Entwicklung ungeeignet: Es ist eine komplizierte und dadurch auch intransparente Mischfinanzierung aus Steuergeldern des Landes und der Gemeinden sowie aus Beiträgen der Krankenkassen und der Betroffenen selbst. Auch gibt die unbegrenzte Kostenerstattung im Krankenversicherungssystem Anreize für eine nicht bedarfsgerechte Mengenausweitung und führt damit zu zusätzlichen Belastungen der Lohnnebenkosten. Auch die Pflege und Betreuung der Wohlhabenden wird aus staatlichen Mitteln finanziert, was einer Verteilung von Steuergeldern mit der Giesskanne gleichkommt und nicht einer treffsicheren Zuteilung an jene, die die staatliche Hilfe wirklich benötigen.
Das heutige Finanzierungssystem beruht ausserdem weitgehend auf dem Umlageprinzip. Wegen der demografischen Entwicklung wird dies in den kommenden Jahren zu einer erheblichen Zusatzbelastung bei den Steuern und Krankenkassenprämien führen. Diese Last könnte so gross werden, dass das heutige Solidaritätssystem infrage gestellt und ein massiver Druck in Richtung Rationierung der Leistungen für die geburtenstarken Jahrgänge entstehen könnte. Die unerwünschte Folge davon wäre eine Zweiklassenbehandlung im Alter. Es ist eine wichtige Errungenschaft, dass wir heute eine sehr gute Alterspflege für alle haben – ob reich oder arm. Es muss unser Ziel sein, das auch in Zukunft leisten zu können.

Auf Kapitaldeckung setzen

Sehr geehrte Landtagsabgeordnete, wir sollten daher möglichst bald die Finanzierung der Pflege und Betreuung im Alter auf ein System mit einem starken Element der Kapitaldeckung, also einem Ansparverfahren, umstellen. Die Umstellung sollte auch deshalb rasch erfolgen, weil aufgrund des Zinseszinseffektes ein Zuwarten eine rechtzeitige und ausreichende Kapitalbildung sehr erschwert.
Ebenso wie das erwähnte Postulat sehe ich grundsätzlich zwei Modelle für eine solche Umstellung auf ein starkes Element der Kapitaldeckung: ein individuelles Ansparverfahren, wie es auch die Stiftung Zukunft.li vorgestellt hat und eine Versicherungslösung.
Beim individuellen Ansparverfahren muss obligatorisch ein individuelles Pflegekapital angespart werden. Das Pflegekapital wird mit Eintritt des Pflege- oder Betreuungsfalles zuerst für die damit verbundenen Kosten eingesetzt, bevor anschliessend oder auch bei nicht erfolgter Ansparung subsidiär das heutige Finanzierungssystem zum Einsatz gelangt. Tritt der Pflege- oder Betreuungsfall nicht ein, wird das Pflegekapital vererbt.
Bei der Versicherungslösung werden die Kosten für den Pflege- oder Betreuungsfall durch eine Versicherung getragen. Aus den vorher dargelegten Gründen sollte unbedingt eine Versicherungslösung mit Kapitaldeckung gewählt werden, wobei ein gewisses Mindestmass an Umlagedeckung durch Steuermittel dennoch weiter benötigt würde.
Auch bei einer solchen Versicherungslösung muss ein Pflegekapital bis zu einer gewissen Höhe angespart werden. Ausserdem wäre darauf zu achten, dass die Versicherungslösung sowohl für den ambulanten als auch für den stationären Bereich mit vom Grad der Pflegebedürftigkeit abhängigen Taggeldern operiert. Ansonsten bestünde die Gefahr einer Mengenausweitung, die nicht dem Bedarf der Pflegebedürftigen entspricht.
Sehr geehrte Landtagsabgeordnete, beide Modelle der Kapitaldeckung haben ihre Vor- und Nachteile und können vermutlich auch in verschiedenste Varianten unterteilt werden. Das individuelle Ansparverfahren liesse sich als zusätzliches Element zum heutigen Finanzierungssystem wahrscheinlich leichter einführen. Mit einer Versicherungslösung könnte hingegen das heutige Finanzierungssystem mit all seinen Problemen viel weitergehender oder auch zur Gänze abgelöst werden. Da bei Weitem nicht alle im Alter Pflege oder Betreuung benötigen, wäre zudem die Vorsorge über eine Versicherungslösung grundsätzlich effizienter. Die Regierung wird die verschiedensten Varianten und ihre Vor- und Nachteile in ihrer Postulatsbeantwortung jedoch sicherlich noch genauer beleuchten. Beide Modelle sollten ohne Anstieg der Lohnnebenkosten für die Unternehmen konzipiert werden, weil diese erst unlängst durch Erhöhungen im Bereich der Altersvorsorge betroffen waren. Hingegen könnten die Unternehmen von sinkenden oder weniger stark wachsenden Krankenkassenprämien profitieren, wenn die Krankenkassen nicht mehr oder nur mehr in geringem Mass zur Finanzierung der Pflege und Betreuung im Alter beitragen müssen.

Erbprinz Alois eröffnete gestern mit seiner Thronrede den Landtag und betonte, dass es nun Zeit sei, die Pflegefinanzierung neu zu regeln. (Foto: Michael Zanghellini)

«Beide Modelle sollten ohne Anstieg der Lohnnebenkosten für die Unternehmer konzipiert werden.»

Je nachdem, wie umfassend die Modelle das heutige Finanzierungssystem ablösen sollen, muss eine entsprechend grosse Kapitalbildung erfolgen. Besonders im jetzigen wirtschaftlichen Umfeld wäre es dabei wichtig, durch geeignete Vorschriften eine langfristig effiziente und gut diversifizierte Kapitalbildung sicherzustellen.
Bei der Festlegung der Höhe des anzusparenden Kapitals darf auch nicht im Vordergrund stehen, dass dieses unter allen Umständen und bei intensivster Pflege über lange Zeit ausreichen muss. Eine derartige Summe wäre viel zu gross und würde sehr wahrscheinlich die Bereitschaft zum Ansparen dieses Kapitals aufgrund der hohen Belastung während der Erwerbstätigkeit verringern. Vielmehr soll ein Kapital in einer vernünftigen Höhe angespart werden, welches ausreicht, die durchschnittlichen Pflegekosten oder einen grossen Teil davon zu tragen. Wenn die Kosten dann im Einzelfall höher sind, sollen diese von der Allgemeinheit getragen werden. Die Solidargemeinschaft soll primär für diejenigen Fälle bemüht werden, in denen eine überdurchschnittlich aufwendige Pflege benötigt wird.
Um – vor allem im Falle einer Versicherungslösung – die Pflichtbeiträge niedrig zu halten, sollte mit der Kapitalbildung schon in möglichst jungen Jahren begonnen werden und der Staat die Eintrittsgenerationen bei der Kapitalbildung unterstützen. Dazu müsste der Staat die Kapitalbildung für alte Personen, die dazu nicht mehr in der Lage sind, zur Gänze oder zumindest weitgehend übernehmen. Hingegen könnte die staatliche Unterstützung bei jüngeren Eintrittsgenerationen nach dem Alter abgestuft Schritt für Schritt abnehmen. Eine solche staatliche Unterstützung der Eintrittsgenerationen müsste aus den Staatsreserven finanziert werden. Im Grunde wäre dies jedoch nur eine Vorwegnahme von Ausgaben, für die der Staat in der Vergangenheit nicht vorgesorgt hat, die er aber in Zukunft sowieso übernehmen müsste.
Meiner Ansicht nach wäre eine solche Umstellung auf eine nachhaltige Finanzierung der Pflege und Betreuung im Alter auch eine der besten Investitionen im Sinne eines erfolgreichen Gestaltens unserer Zukunft. Wir hätten rechtzeitig eine der grossen Herausforderungen der demografischen Entwicklung gelöst und könnten uns danach besser ihrer vielen anderen Herausforderungen widmen.
Sehr geehrte Landtagsabgeordnete, ich hoffe, der breite Konsens im Landtag, dass wir uns mit der Finanzierung der Pflege und Betreuung im Alter rechtzeitig befassen müssen, wird auch zu einem breiten Konsens über eine wirklich nachhaltige Lösung führen. Für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe wünsche ich Ihnen viel Kraft, Weisheit und Gottes Segen!»

Erbprinz Alois: «Letzten Endes haben wir nicht vorgesorgt und hätten von staatlicher Seite ohnehin Unterstützung geben müssen»

Interview Die Finanzierung der Betreuung und Pflege im Alter steht für Erbprinz Alois ganz oben auf der politischen Agenda. Inwiefern der Staat finanziell einspringen muss, hat er gegenüber dem «Volksblatt» erklärt.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Durchlaucht, Sie haben in Ihrer Rede betont, dass die Finanzierung der Pflege und Betreuung im Alter auf neue Beine gestellt werden muss, um eine Zweiklassenbehandlung zu verhindern. Dabei setzen Sie auf Kapitaldeckung. Was aber, wenn Personen nicht genügend Kapital haben, um auch noch für die Pflege beiseite zu legen?
Erbprinz Alois: Es gibt natürlich viele verschiedene Varianten, wie man das Kapital bilden kann: Etwa über ein Ansparverfahren, wie es die Stiftung Zukunft.li vorgeschlagen hat, oder man bildet eine kapitalgedeckte Versicherungslösung. Die Herausforderung, wenn man im grossen Stil auf eine solche Versicherungslösung umstellen möchte, ist die Frage, wie finanziert man das für die Eintrittsgenerationen. Muss das dann jeder Einzelne finanzieren oder hilft der Staat? Es wäre berechtigt zu überlegen, ob man Staatsreserven dafür einsetzt, weil letzten Endes haben wir in diesem Bereich in der Vergangenheit nicht vorgesorgt und hätten dafür von staatlicher Seite ohnehin Unterstützung geben müssen. Auch bei einem Ansparverfahren gibt es wahrscheinlich verschiedene Varianten zur Finanzierung. Nur durch persönliche Beiträge kann man natürlich nur wenig ansparen. Sobald grössere Mittel nötig sind, wird man auch da in einer Anfangsphase von staatlicher Seite helfen müssen.

Glauben Sie, dass der Rückhalt für eine staatliche Unterstützung der Eintrittsgenerationen in der Bevölkerung gegeben ist?
Das bedarf sicher einer entsprechend breiten Diskussion, ob das sinnvoll ist oder nicht. Wie wir überhaupt eine Diskussion führen sollten, in welche Bereiche wir investieren möchten und welches für die Zukunft wichtige Themen sind, die wir möglichst frühzeitig lösen sollen. Es gibt verschiedene Ebenen, wo wir unsere Zukunft in den nächsten zwei bis drei Jahren erfolgreich gestalten müssen. Meiner Ansicht nach wäre die Betreuung und Pflege im Alter ein Bereich, in dem wir uns überlegen sollten, etwas zu investieren.

Welche Themen kamen bisher noch zu wenig auf der politischen Agenda vor, die aber ebenfalls wichtig für die Zukunft des Landes wären?
Die Themen, die in letzter Zeit diskutiert wurden, decken sich auch sehr stark mit denen, die ich als wichtig erachte. Wir müssen darauf achten, dass wir uns über die Bildung möglichst gut auf das Zeitalter der Digitalisierung vorbereiten, da ist ja die Bildungsstrategie 2025 in Ausarbeitung. Zudem sollten wir die Chancen der Digitalisierung auch auf staatlicher Seite nutzen und die Abläufe optimieren sowie die Infrastruktur für diesen Bereich stabil ausgestalten. Das sind alles Bereiche, an denen man bereits arbeitet. Neben der Betreuung und Pflege im Alter werden wir uns sicher weiterhin mit Themen wie Gesundheitskosten, der Gestaltung des Gesundheitssystems und sonstige Absicherungen vor allem auch im Alter beschäftigen müssen.